Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

20.07.1931 (Nr. 54)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstraße 26. Fernspr. Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal, Bezugspreis monatlich 1.12 RM. einschließlich Bestellgeld. Verlagsort Bremen.

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0.25, auswärts 0.30 RM. Stellengesuche und Fam.-Anz. 0.10 RM. Kleine Anz. 0.15 RM. 3-gesp. Reklamezeile 1.— RM., auswärts 1.25 RM. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 54 — Montag, den 20. Juli — 1931

„Frankreich der Sieger"

Schröder Bank zusammengebrochen — Kapitalschiebungen der Lahusen aufgedeckt

„Deutschland hat zu schweigen und anzunehmen"

Die Maske gefallen:

Paris, 20. Juli. Während in Paris die deutschen Minister bemüht waren, die deutsch-französische Atmosphäre zu bereinigen, hielt der französische Kriegsminister Maginot in Montmedy eine Rede, die blitzartig das wahre Gesicht Frankreichs aufzeigt. Maginot erklärte u. a., daß Frankreich im Augenblick in einer entscheidenden Stunde läge. Er könne nicht zugeben, daß Frankreich vor einem Volke kapituliere, das immer die notwendigen Kredite gefunden habe, um seine kriegerischen Gelüste zu befriedigen. Frankreich müsse sein Gold und sein Geld verteidigen. Der Friede fordere eine dauernde Anstrengung. Zwei Bedingungen seien notwendig, um ihn zu verwirklichen: Einmal müßten die friedliebenden Länder stark bleiben und zum anderen die kriegerischen Länder schweigen. Frankreich habe seinen Sieg zu teuer bezahlt, um ihn zu vergeuden. Es sei noch nicht der Besiegte, sondern immer noch der Sieger.

Setzt Laval sich durch?

Noch immer überstürzen sich die Ereignisse und es ist zur Stunde noch nicht zu übersehen, in wie schneller Zeit eine endgültige Entscheidung fällt. Der neue Bankzusammenbruch, schon lange erwartet, wird zum neuen Fanal deutscher Wirtschaftsnot, zur neuen Anklage für die Verantwortlichen und Schuldigen an der hereinbrechenden Katastrophe. Die letzten im deutschen Volke wachen auf und begreifen jetzt, wie sehr sie mit trügerischen Hoffnungen seit vielen Jahren hingehalten wurden, wie noch in den letzten bremischen Etatsverhandlungen die Regierungsparteien von erhöhten Einnahmen faselten und uns verhöhnten, die wir warnend unsere Stimme erhoben. Jetzt ist es stille geworden um diese Herren und machen sie noch den Mund auf, so reden sie mit Argumenten, die sie uns gestohlen haben.

Ein gleiches trügerisches Spiel erleben wir in Paris und wir warnen unsere Leser, soweit es uns die neue Notverordnung gestattet, den vielen schönen Worten und Vereinbarungen zu glauben, die jetzt in den offiziellen Erklärungen zu lesen sind. Tatsache ist, daß Frankreich rücksichtslos an den allerdings in diplomatischer Sprache sehr höflich gestellten Unterwerfungsbedingungen festhält., Tatsache ist aber auch, daß zu Beginn der Londoner Verhandlungen die englischen Luftstreitkräfte eine große Abwehrübung eines angenommenen Angriffes durch eine Kontinentalmacht durchführen. Trotz alledem versucht man in Deutschland wie bisher einen neuen Optimismus hochzuzüchten und scheut dabei sich nicht, zum Mittel der Lüge und Entstellung zu greifen. So behaupten die marxistischen Blätter, Frankreich habe keine Bedingungen gestellt, während jeder Leser, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, aus der Abschlußerklärung der Pariser Verhandlungen erkennen kann, daß Frankreich in den entscheidenden Punkten nicht nachzugeben gewillt ist. Es handelt sich hier um die **Einstellung des Panzerkreuzerbaues, Aufgabe der Zollunion, neue Anerkennung des Versailler Friedensdiktates und darüber hinaus Finanz- und Kreditkontrolle für Deutschland.** Darüber hinaus ist auch davon gesprochen worden, daß wir erneut den **Danziger Korridor** bestätigen, mit einem Wort, auch ein **Ostlocarno** abschließen. Laval hat sich ausdrücklich vorbehalten, alle diese Fragen auf der heute nachmittag beginnenden Londoner Konferenz noch einmal zur Sprache zu bringen. Brüning ist es scheinbar bisher gelungen, diese französischen Forderungen abzuwehren, wenn auch die veröffentliche gemeinsame Erklärung manchen Zweifel aufkommen läßt.

Wir haben immer wieder den Rücktritt des Kanzlers gefordert, da er aber nun in London die Verhandlung führt, erwarten wir von ihm den **vollen Einsatz der politischen Kräfte unserer Nation.** Stresemann hat nie von dem verhängnisvollen Fehler loskommen können, die nationale Opposition nicht als Waffe in den Verhandlungen zu benutzen. Wir erwarten von Brüning, daß er sich **rücksichtslos ihrer bedient und den Leuten in London keinen Zweifel darüber läßt, was geschieht, wenn er den französischen Forderungen nachgibt.**

art.

Die Pariser Ministerkonferenz

Paris, 19. Juli. Die Abreise der deutschen Abordnung zur Londoner Konferenz ist auf Montag vormittags 10 Uhr festgesetzt, so daß sie am Nachmittag in London eintrifft. Die Londoner Konferenz beginnt um 18 Uhr.

Die Konferenz der in Paris anwesenden Außenminister begann um 10 Uhr in den Räumen des Ministerpräsidiums. An der Konferenz nahmen die deutschen und französischen Kabinettsmitglieder, die Staatssekretäre Mellon und Simson, sowie Henderson, der italienische Außenminister Hymans, und als Vertreter der österreichischen Regierung der Gesandte Grünberger, sowie der japanische Botschafter in Paris teil. Die Verhandlungen dauerten bis gegen kurz vor 1 Uhr. Anschließend fand für die Teilnehmer der Ministerkonferenz ein Frühstück beim französischen Ministerpräsidenten Laval statt.

Im Geiste von Chequers

Curtius über das Ergebnis der Besprechungen

Paris, 19. Juli. Reichsaußenminister Dr. Curtius hat sich trotz der Absage der angekündigten Pressekonferenz im letzten Augenblick noch entschlossen, vor dem Essen bei Briand der internationalen Presse einige kurze Mitteilungen zu machen. Curtius erklärte, daß sämtliche in der Besprechung der versammelten Mächte am Sonntag vormittag erörterten Finanzfragen nach London übertragen worden seien. Dagegen hätten die deutschen und französischen Minister in **einer offenen und freundschaftlichen Aussprache** die weitgehende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in Angriff genommen. In diesen dem Geiste der Chequers-Unterredungen entsprechenden Verhandlungen sei man sich in großen Zügen über die noch im Laufe des Abends zu veröffentliche gemeinsame deutsch-französische Verlautbarung über das Endergebnis der Verhandlungen einig geworden. Curtius betonte sodann zum Schluß mit Nachdruck, daß nunmehr **ein neuer Anfang im Geiste von Chequers** in den deutsch-französischen Beziehungen gemacht worden sei.

Eine wortreiche Erklärung

mit verstecktem gefährlichem Inhalt

Paris, 19. Juli. Die am Sonntag gegen 20 Uhr unterbrochenen deutsch-französischen Verhandlungen, die im Anschluß an das Essen bei Briand fortgesetzt wurden, wurden gegen 23 Uhr abgeschlossen. Ueber das Ergebnis der gesamten deutsch-französischen Verhandlungen in Paris wird eine gemeinsame deutsch-französische Verlautbarung veröffentlicht, die in den Schlußberatungen gemeinsam festgelegt worden ist. Die Verlautbarung hat folgenden Wortlaut:

„In einer kürzlichen Botschaft hatte der deutsche Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen, **in direkte Berührung mit der französischen Regierung zu treten,** um die Mittel zu finden, gemeinsam an der Besserung der Beziehungen der beiden Länder arbeiten zu können. Der Chef der französischen Regierung hat darauf spontan geantwortet, daß er mit Befriedigung einer Zusammenkunft entgegensehe, deren Durchführung sich im Hinblick auf die Ereignisse, die die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands berühren, sowie im Hinblick auf die Rückwirkung auf die anderen Staaten zwangsmäßig geworden war. Infolgedessen sind die Vertreter der beiden Regierungen am 18. und 19. Juli in Paris zusammengetreten. Sie waren sich darin einig, die Bedeutung dieser Zusammenkunft anzuerkennen und zu bestätigen, daß **sie den Anfang einer vertrauensvollen Zusammenarbeit (!!)** bedeuten soll. Der Reichskanzler hat hierbei die verschiedenen Seiten der Krise, unter der sein Land leidet, beleuchtet. Die Vertreter der französischen Regierung erklärten in Anerkennung der Schwere dieser Krise, daß sie **unter dem Vorbehalt gewisser Finanzgarantien und Maßnahmen für die politische Beruhigung** bereit seien, zu einem späteren Zeitpunkt die Grundsätze einer finanziellen Zusammenarbeit im internationalen Rahmen zu erörtern. Die Vertreter der beiden Regierungen haben jedoch bereits jetzt darauf Wert gelegt, ihren Willen zu betonen, unter sich im Rahmen des möglichen die künftigen Bedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Sie sind sich darüber einig geworden, ihre Bemühungen zu vereinen, um den Kredit und das Vertrauen **in einer Atmosphäre der Ruhe und der Sicherheit wieder herzustellen.**"

Verzehnfachtes Versailles

Moskau, 19. Juli. Das sowjetrussische Regierungsorgan „Iswestija" führt unter der Ueberschrift „Verzehnfachtes Versailles" u. a. aus: Die deutsche Regierungspresse versuche, dem deutschen Volke zu beweisen, daß ihm nichts anderes übrig bleibe, als sich französischen Forderungen zu unterwerfen, bewiese aber nur, daß ihre Politik phantastisch sei und das reale Kräfteverhältnis nicht berücksichtige. Eine deutsch-französische Annäherung sei bereits erfolgt, aber in solcher Form, daß man den eigenen Augen nicht trauen möchte. Die Durchführung des französischen Programms würde die Bildung einer Kolonie des Weltfinanzkapitals mit 65 Millionen Einwohnern in Zentraleuropa bedeuten. Der deutsche Staatsapparat würde dann vollständig dem Weltfinanzkapital unterstellt werden. Die Sicherung durch die Zolleingänge versetzt Deutschland buchstäblich in die gefährliche Lage Chinas. Ob Deutschland einen zehnjährigen Verzicht auf eine Revision des Versailler Vertrages unterschreibe oder nicht, sei eine Frage zweiter Bedeutung; denn zweifellos besitze ein an Händen und Füßen gebundener Staat keine Mittel, den Versailler Vertrag zu

Die Schröder Bank

zusammengebrochen

Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt

Bremen, 20. Juli. Von der J. F. Schröder-Bank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, in Bremen wird gegen Mitternacht folgendes Kommunique ausgegeben:

„**Die allgemeine schwere Wirtschaftskrise, die sich in jüngster Zeit besonders verschärft hat, hat sich auf unser Unternehmen so ausgewirkt, daß wir uns gezwungen sehen, unsere Kassen für diese Woche zu schließen. Wir stehen in engsten Verhandlungen mit bremischen und auswärtigen Wirtschaftskreisen zur Durchführung einer Stützungsaktion.**"

Diese angeblich vorübergehende auf 8 Tage befristete Zahlungseinstellung dieser Bremer Bank bedeutet einen **schweren Schlag für die bremische Wirtschaft.** Seit Sonnabend sind Verhandlungen zur Stützung der Bank, die mit der Entwicklung des bremischen Wirtschaftslebens in der Nachkriegszeit auf das engste verbunden ist, im Gange. Wie wir erfahren, sollen diese Verhandlungen ziemlich günstig stehen. Da man aber dabei auf einen Erfolg der Londoner Verhandlungen hofft, sind nach unserer Ansicht die Hoffnungen nicht so ohne weiteres günstig, wenn wir auch im Interesse der bremischen Wirtschaft den Zusammenbruch dieser Bank in jetziger Zeit nicht gewünscht hätten, da er nicht ohne Folgen bleiben wird.

Wir haben seit vielen Jahren immer wieder gewarnt und den Wahnsinn der Tributkreditpolitik angeprangert. Heute, wo es zu spät ist, blasen die anderen in das gleiche Horn. Aber die Bevölkerung läßt sich nicht mehr betrügen von schönen Worten, hinter denen weder Männer noch Taten stehen. Jetzt fällt die Entscheidung, jetzt fallen aber auch die Herren von der Volkspartei bis zur SPD. wie ein Unglückshaufen in sich zusammen. Das Volksurteil wird sie vernichten.

ändern. Die französischen Forderungen seien so phantastisch, daß man offen lassen müsse, ob es sich nicht um absichtliche Uebertreibung handle, um später die **tatsächlichen französischen Forderungen als annehmbar oder sogar als wesentliche Erleichterung hinzustellen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Verpfändung der Zölle zu dem grandiosen Kampf des chinesischen Volkes geführt habe. Sollten England und Amerika auf Frankreichs Forderungen eingehen, so würden sie damit einen Kriegsakt gegen das deutsche Volk unterschreiben.** Ob das deutsche Volk auf diesen Akt in fünf oder in zehn Jahren antworte, sei vorläufig unbekannt. Daß aber diese Bedingungen den Krieg bedeuten, bezweifle niemand, der noch Wirklichkeitsgefühl habe.

Luftmanöver als Auftakt

Am Tage des Zusammentrittes der Londoner Ministerkonferenz. Abwehrübungen der britischen Flotte.

London, 18. Juli. Montag abend, um 6 Uhr, wenn die Minister zusammentreten, wird über London ein schwerer Kampf entbrennen,. Die großen Manöver der Luftstreitkräfte, an denen sich 280 bis 290 Flugzeuge aller Art beteiligen, unter Leitung des Oberkommandierenden der Luftstreitkräfte Englands, Luftmarschall Sir Eduard Ellington, werden die Abwehr des Luftangriffs einer kontentinentalen Macht auf die Hauptstadt zum Gegenstand haben. Flugzeugabwehrgeschütze werden nicht verwandt werden, doch sollen rote Scheinwerfer die Operationen in der Luft unterstützen. Ein besonderer Versuch bei den diesjährigen Manövern ist die Erprobung von

Bombenflugzeugen in dem Verteidigungssystem.

Sämtliche Flugzeuge werden die volle Kriegsladung tragen. Doch wird keine scharfe Munition verwandt.

Die Operationen der Flugzeuge müssen gemäß den Sicherheitsvorschriften außerhalb eines Kreises von zehn Meilen um London und in einer Höhe von etwa 2000 Meter stattfinden.

Stimson, Mellon, Hendersen nach London abgereist.

Paris, 19. Juli. Wie die amerikanische und englische Botschaft bestätigen, sind die Staatssekretäre Stimson und Mellon, sowie der britische Außenminister Henderson entgegen anderslautenden Mitteilungen am Sonntag gegen 16 Uhr zu der am Montag beginnenden Konferenz nach London abgereist.

Für Kürzung der Riesengehälter

Bekanntlich sind während der Ministerzeit Fricks in Thüringen und während der Ministertätigkeit des derzeitigen Ministers Franzen in Braunschweig die Ministergehälter und die Spitzengehälter der höheren Beamten in diesen Ländern sehr wissentlich herabgesetzt worden. Wenn nun z. B. die Sozialdemokratie in Thüringen den vorläufigen Sturz Fricks dazu benützte, die Gehälter wieder zu erhöhen, so ist das ihre Sache. Auf jeden Fall haben die Nationalsozialisten bereits überall, wo sie eine entscheidende Rolle spielten, gezeigt, daß sie mit aller Energie gegen die unsinnigen und ungerechten Gehälter ankämpfen.

Nunmehr hat Abg. Mergenthaler im württembergischen Landtag ebenfalls einen Antrag eingebracht, der eine entscheidende Kürzung der Gehälter verlangt.

Der Antrag Prof. Mergenthalers lautet:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Bälde Gesetzentwürfe vorzulegen, nach welchen

die Gehälter der Minister auf 12 000 Mark festgesetzt werden und außerdem die Aufwandsentschädigung verringert wird,

die über 12 000 Mark hinausgehenden Gehälter der Beamten in den Spitzengruppen entsprechend gesenkt werden,

für Pensionen eine Höchstgrenze von 12000 Mark festgesetzt wird.

Alljuda triumphiert

Wie recht wir Nationalsozialisten in unserer antisemitischen Einstellung auch im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens haben, beweisen folgende Zitate aus dem Buch: Die Weisen von Zion, die gerade in diesen Tagen zu grausamer Wirklichkeit werden. Es sei dabei noch ausdrücklichst darauf hingewiesen, daß diese Sätze vor dem Kriege geschrieben und gedruckt wurden. Ein Kommentar zu ihnen erübrigt sich.

„Um die Nichtjuden zu schädigen, rufen wir **umfangreiche Stockungen** im Wirtschaftsleben hervor. Wir bedienen uns dabei des einfachen Mittels, alles erreichbare **Geld aus dem Verkehre zu ziehen.** Riesige Summen werden in unseren Händen aufgespeichert, während **die nichtjüdischen Staaten mittellos** dasitzen und schließlich gezwungen sind, uns um Gewährung von Anleihen zu bitten. Mit diesen Anleihen übernehmen die nichtjüdischen Staaten bedeutende Zinsverflichtungen, die ihren Staatshaushalt wesentlich belasten und sie schließlich in **völlige Abhängigkeit** von den großen Geldgebern bringen . . . .“

„Aus dieser Berechnung ergibt sich, daß der Staat bei der von jedem Kopfe erhobenen Steuer die letzten Groschen der Armen unter den Steuerzahlern nimmt, um ausländische Reiche zu bezahlen, bei denen er Geld entliehen hat, statt die Groschen ohne Zinsen für seine Bedürfnisse zu sammeln.

Leichtsinnigkeit und Kurzsichtigkeit der nichtjüdischen Herrscher in allen Fragen der staatlichen Geld- und Steuerwirtschaft, Käuflichkeit und Unfähigkeit der höchsten Staatsbeamten stürzen alle nichtjüdischen Staaten **uns gegenüber in eine derartige Schuldknechtschaft, daß sie sich niemals davon befreien können“.**

Der neue Ton oder das gute Gewissen

Im preußischen Landtag hatte der Abgeordnete Kube folgende Kleine Anfrage eingebracht: Vor dem Kruge wurde ein Leutnant der Armee Weißmann zu Gefängnisstrafe verurteilt, weil er einer Ordonnanz im Jähzorn mit dem Degen den Leib durchrannte. Die Gefängnisstrafe für diese rohe Tat wurde durch die Gnade des Allerhöchsten Kriegsherrn in eine Festungshaft umgewandelt. Der Leutnant Weißmann mußte daraufhin den Rock des Offiziers ausziehen; er studierte Jura und wurde nach Verbüßung seiner Festungsstrafe in den Staatsdienst übernommen. Ich frage das Staatsministerium:

1. Befindet sich dieser inzwischen promovierte Dr. Weißmann noch in den preußischen Staatsdiensten?
2. Welche Stellung bekleidet dieser Dr. Weißmann heute im preußischen Staatsdienst.
3. Ist der Staatssekretär Dr. Weißmann in der Lage, über den genannten Offizier unter Eid irgendwelche Aussagen zu machen?

Der preußische Ministerpräsident Braun hat hierauf jetzt folgende Antwort erteilt:

Das Staatsministerium ist kein Institut zur Befriedigung Neugieriger. Braun“.

Ein Vertreter des Volkes und Mitglied des Parlaments fragt und ein — Sozialdemokrat antwortet.

Landtagseinberufung in Oldenburg?

Forderungen der Nationalsozialisten

Oldenburg, 19. Juli. In einer nationalsozialistischen Versammlung sprach der Abg. Röver über die politische Lage. In der Reichspolitik lehnte er den Gedanken einer **Zusammenarbeit mit der jetzigen Regierung ab und forderte den Rücktritt des Reichskanzlers.**

Zur Frage der Landespolitik erwähnte der Redner auch die Möglichkeit einer Landtagseinberufung, die die Nationalsozialisten fordern könnten (die Nationalsozialisten haben allein das notwendige Drittel der Abgeordneten). Er erörterte sogar den Gedanken, den Landtag ständig beisammenzuhalten, damit man Vorgänge, wie das Verbot des „Freiheitskämpfers“, stets sofort besprechen könne. Die Diätenfrage brauche nicht zu schrecken, da die Nationalsozialisten den Einberufungsantrag so stellen würden, daß für das ganze Jahr nicht mehr Kosten entstehen würden, als bis dahin das Jahr 1931 an Diäten gekostet habe. Allerdings müßten die anderen Parteien den Anträgen der Nationalsozialisten zustimmen.

Ueber die Finanzlage sprach der Abg. Röver dann in geschlossener Mitgliederversammlung, weil ein Verbot der Polizei für die öffentliche Behandlung dieses Themas ergangen war.

Wegweiser durch die neuen Notverordnungen

Die neue Notverordnung hat zahlreiche Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung für weite Kreise von großer Bedeutung sind. Eine Reihe dieser Fragen findet hier ihre Beantwortung:

Wieviel darf man vom Montag bis Donnerstag von seinem Sparkonto ohne besondere Zweckangabe abheben?

Antwort: Höchstens 20 Mark. Die Auszahlung kann vom Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden.

Wieviel darf man von gewöhnlichen Konten ohne besondere Zweckangabe abheben?

Antwort: 5 Prozent des Guthabens, das man am 19. Juli hatte, aber nicht über 100 Mark.

Wofür dürfen Barauszahlungen unbeschränkt erfolgen?

Antwort: U. a. Löhne, Gehälter, Arbeitslosenunterstützung, Leistung an Sozialversicherte, Steuern, Frachten, Geldbeträge an die Monopolverwaltung und ähnliches.

Wie steht es mit dem Postscheckverkehr?

Antwort: Alle Beschränkungen über den Postscheckverkehr sind gefallen. Die Deutsche Reichspost, die Reichsbank und die Deutsche Golddiskontbank unterliegen hinsichtlich des Zahlungs- und Ueberweisungsverkehrs überhaupt keinen Beschränkungen mehr.

Wann dürfen Wechsel protestiert werden, die zwischen dem 11. und 18. Juli fällig sind.?

Antwort: Proteste können von Mittwoch, den 22., bis Freitag, den 24. Juli erfolgen.

Wann dürfen Wechsel protestiert werden, die zwischen dem 19. und 23. Juli fällig sind?

Antwort: Die Erhebung des Protestes darf nicht vor dem dritten Werktag, sie darf aber noch am 4. und 5. Werktag nach dem Zahlungstag geschehen.

Die „Neue Arbeiterzeitung“ auf 4 Wochen verboten

Das Organ der Kommunistischen Partei in Hannover, die „Neue Arbeiterzeitung“, ist durch den Oberpräsidenten Noske auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Das Blatt hatte in einer Reihe von Artikeln u. a. zu Massenstreiks als „Antwort auf die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter“ und zu sofortigen Betriebsstillegungen bei Nichtzahlung der Löhne aufgefordert.

Die Massen müssen hin

Von H. Fr. Behrens.

Ein Erlebnis: Es ist dicke Luft, eine der jetzt üblichen Hungerdemonstrationen von der Unterwelt ins Schlepptau genommener verelendeter Volksgenossen, deren Verzweiflung Sowjetjudäa vor den Wagen seiner politischen Pläne spannt. Solange sich die Deutschen gegen ihre Obrigkeit hetzen lassen, brauchen sich die Herren der anderen Rasse nicht selbst zu bemühen, können hinten bleiben und „leiten“. So auch hier: Hin und her wogende Menschentrupps, Polizeipatrouillen, Klatschen der Gummiknüppel. Weit hinten, einige hundert Meter von der Gefahrzone entfernt, ein kaum dreißigjähriger, östlich aussehender Bursche., „bürgerlich“ gekleidet, Aktenmappe unter dem Arm. Er unterrichtet die Umstehenden über die Vorgänge „an der Front“, dabei weist er dorthin, wo wieder einmal ein Häuflein Arbeiter vor den Schlägen des Gummiknüppels ausweicht. „Feige Bande, sind nicht im Felde gewesen, sagte er verächtlich. Und dann: „Die Massen müssen hin!“, nämlich dorthin, wo es blutige Köpfe gibt. Da mische ich mich ins Gespräch. Der Jüngling bestätigt mir, daß er kommunistischer Funktionar ist. Ich frage ihn, warum er nicht dorthin gehe, wo die Massen hinmüßten. Darüber sei er mir keine Rechenschaft schuldig, gibt er mir zur Antwort und wendet sich erhaben wieder zu den anderen.

„Die Massen müssen hin!“, das ist das O und A der marxistischen Taktik, tausendfach bewährt, seit der Marxismus begann, die Straße zu erobern. Die Massen wurden aufgehetzt, nach vorn geschickt, die Führer blieben hinten, in ihren Schreibstuben, auf den Redaktionssesseln ihrer Hetzblätter. Wie selten hört man davon, daß einmal ein Prominenter, einer derjenigen gefaßt würde, die als geistige Urheber all dieser Straßenaufläufe, Hungerrevolten und sonstigen Verzweiflungsausbrüche des verführten und verratenen Volkes anzusehen sind. Der einfache Arbeiter hat sein Fell zu Markte zu tragen, muß sich verhaften lassen. Aber in Moskau, in Berlin sitzen jene, welche an den Drähten ziehen, damit in Altona, in Köln, in Essen, in Solingen, in Hannover usw. die hungernde Menge sich zusammenballt, zu plündern droht und gar zur Tat schreitet. Und wie die Großen, so treiben es auch die Kleinen. Auspuschen, hetzen und rechtzeitig verschwinden, wenn nicht ganz von der Bildfläche, so wenigstens aus der Drecklinie. Hinten, weit außerhalb des Bereichs des Radiergummis, kann man dann weiter hetzen und über die Auskneifer schimpfen.

Aber nicht nur im Straßenkampf gilt bei den Führern der Marxisten die Parole: „Die Massen müssen hin!“ Sie beherrscht ihre Taktik in jeder Art politischen Ränkespiels. Es war von jeher der Grundsatz der schlauesten Marxistenführer, andere, die Massen, kämpfen zu lassen, um dann mit dreister Hand nach den Früchten dieses Einsatzes zu greifen. Wer hat denn 1917 und 1918 an den gefährlichen Stellen die Wühlarbeit zur Unterhöhlung der deutschen Front, des deutschen Wehrwillens überhaupt geleistet, wer aber saß dann im Rat der niemals beauftragten Volksbeauftragten? Wer stand im Straßenkampf gegen Spartakus und wer saß nachher in den Ministersesseln des ersten Reichskabinetts.

Kein Wunder, daß dieses einträgliche Verfahren Schule machte und auch von denen angenommen wurde, die sich zwar bürgerlich nennen, aber in ihrem liberalen Egoismus nicht eine Spur von den Marxisten unterscheiden. Wen z. B. schützte die Schwarze Reichswehr vor Feinden und Verrätern, und wer stattete später den Dank dafür in den Fememordprozessen ab? Wer entriß vor zehn Jahren am Annaberg unter Einsatz von Blut und Leben den Polen geraubtes deutsches Land, und wer versuchte es kürzlich, als man jene Kämpfe mit Reden feierte, sich dreist in den Vordergrund zu drängen?

Auch die jüngste Frucht des herrschenden Systems die Hunger-Notverordnung, hält sich an den Grundsatz: „Die Massen müssen hin!“ Den Massen werden Lasten aufgebürdet, die nach Ansicht der Verordner selbst die Grenze des Tragbaren längst überschritten haben. Die Massen müssen leiden, darben, hungern, sie werden dem Gummiknüppel entgegengetrieben, damit das System die Tribute zahlen und sich dadurch am Ruder halten kann. Was verschlägts dem Minister, was dem Posteninhaber bei Krankenkasse oder Arbeitsamt, wenn er zehn, zwanzig Prozent seines Einkommens einbüßt? Aber die ein bis zehn Prozent vom kleinen und kleinsten Einkommen, von den Kriegsbeschädigtenrenten und der Arbeitslosenversicherung, die Pfennige, um die Zucker und Tabak durch Erhöhung des Umsatzsteueraufkommens verteuert wurden, bedeuten weitere Verelendung der Massen. Furchtbare Zahlen der Verhungerten und freiwillig aus dem Leben Geschiedenen füllen die Spalten der Verlustlisten in diesem Kampfe, den heute noch das System mit der Parole „Die Massen müssen hin!“ führt. Heute noch!

Morgen aber wird das dritte Reich die Massen einsetzen zum Kampf, nicht für Feindtribute zur Sicherung von Ministersesseln, sondern für die Befreiung von Volk und Vaterland. Und die Losung, unter der dieser Kampf geführt wird, heißt nicht „Die Massen müssen hin!“, sondern: „Die Führer vor die Front!“

Aus Bremen Stadt und Staat

An unsere Leser

Unser Versuch, zunächst für eine Woche, in der in Paris und London entscheidende Verhandlungen gepflogen werden, täglich zu erscheinen, kann schon jetzt als voll gelungen bezeichnet werden, wenn es auch weiterhin unbedingt notwendig ist, daß in diesen Tagen jeder Parteigenosse und jeder Leser sich restlos dafür einsetzt, uns neue Abonnenten zuzuführen.

Da in den letzten 48 Stunden der überwiegende Teil unserer bisherigen Abonnenten neben einigen Hundert Neuabonnenten, auch die tägliche Ausgabe bestellt hat, haben wir uns entschlossen, die heutige Sonderausgabe allen Abonnenten zuzuführen, **die ihre Zeitung schon durch Austräger** erhalten. Wir bitten unsere Leser, bei Nachfrage durch den Austräger, die Bestellung für die tägliche Ausgabe aufzugeben. Nur dann erfolgt die weitere Zustellung der Sonderausgabe. **Unsere Austräger sind berechtigt, den Zusatzbetrag für diese Woche in Empfang zu nehmen.**

Unsere Postabonnenten können wir wegen der postalischen Schwierigkeiten leider nicht ohne weiteres mit der täglichen Sonderausgabe beliefern. Wir werden auch diesen Lesern schnellstens Gelegenheit geben, die Sonderausgabe bestellen zu können, soweit das noch nicht geschehen ist.

Zum Schluß bitten wir alle unsere Leser, etwaige Zustellungsfehler auf Grund der plötzlichen Umstellung entschuldigen zu wollen, bitten aber vor allem, uns davon sofort in Kenntnis zu setzen, damit Abhilfe geschaffen wird.

Verlag und Schriftleitung der B.N.N.

Die feindlichen Brüder

Seit einigen Tagen sind zwischen den Brüdern Lahusen und den übrigen maßgebenden Personen im Nordwollekonzern **große Differenzen** ausgebrochen, die zu **schweren Belastungen vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts Bremen geführt haben.**

Die Brüder Lahusen nehmen nun den Standpunkt ein, nicht sie hätten ihre Gläubiger und die Danatbank betrogen, sondern **sie selbst seien das Opfer falscher Kreditpolitik der Danatbank geworden.**

Daraufhin haben jetzt die neuen verantwortlichen Leiter des Nordwollekonzerns gegenüber Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter erklärt, **daß an der Behauptung der Brüder Lahusen nicht das mindeste wahr sei und die volle Schuld auf Lahusens selbst falle.**

Gleichzeitig ist der Untersuchungsrichter **neuen großen Kapitalschiebungen** auf die Spur gekommen, die Lahusens durch ihre Tochtergesellschaften bewirkt haben. Als wichtiger Zeuge hierfür wird der Untersuchungsrichter in einigen Tagen den aus Buenos Aires zurückkehrenden **Vetter** der Lahusen vernehmen, der über die argentinischen Geschäfte genau Bescheid weiß.

Unter diesen Umständen erscheint die Haftbeschwerde des Rechtsanwalts Kuhlenkampf-Pauli, eines Schwagers der Lahusen, gegen den Haftbefehl des Untersuchungsrichters **völlig aussichtslos,** da von einer Behebung der Verdunkelungsgefahr keine Rede sein kann.

Rechtsanwalt Kuhlenkampff hat den Berliner Verteidiger Prof. **Dr. Alsberg** um Uebernahme der Verteidigung für die Lahusens gebeten. Prof. Alsberg hat Sonntag das **Mandat übernommen** und sich von Bremen die ersten Informationen über den komplizierten Fall geben lassen.

Die Bücher beschlagnahmt

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist heute auf Veranlassung des Untersuchungsrichters das gesamte Buchmaterial der Nordwolle beschlagnahmt und der Treuhandgesellschaft zur Verfügung gestellt worden. Von hier aus werden, soweit es unbedingt zur Geschäftsführung erforderlich ist, Bücher wieder an die Nordwolle abgegeben werden.

4 Millionen Steuerschulden

Im Bezirk des Landesfinanzamts Unterweser stellte sich das gesamte Steueraufkommen in der Berichtszeit auf 27 394 000 RM. Hier waren 3 942 000 RM. rückständig, 2 510 000 RM. hiervon gestundet. Aus Billigkeitsgründen erlassen wurden 492 000 RM. niedergeschlagen 182 000 RM. Hinsichtlich des Verhältnisses der Rückstände zum Steuersoll steht mit 12,6 Prozent der Landesfinanzamtsbezirk Unterweser unter den 26 deutschen Landesfinanzämtern an letzter Stelle. Es ist dies also derjenige Bezirk, in dem die Steuern am besten eingingen. Es erbrachten im einzelnen die Einkommensteuer ohne Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag 11 358 000 RM., die Körperschaftssteuer 2 996 000 RM., die allgemeine Umsatzsteuer ohne Hersteller- und Kleinhandelssteuer 5 657 000 RM., die Vermögenssteuer 3 063 000 RM., die Erbschaftssteuer 654 000 RM., die Gesellschaftssteuer 128 000 RM., die Wertpapier, Börsenumsatz- und Wechselsteuer 89 000 RM., die Beförderungssteuer 332 000 RM. und die sonstigen Verkehrssteuern (Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotterie- sowie Versicherungssteuer) 1 295 000 RM. Das Aufkommen an Zöllen und Verbrauchsabgaben erreichte im genannten Zeitraum im Bezirk des Landesfinanzamts Unterweser 78 900 000 RM. Die Rückstände betrugen 356 000 RM., hiervon waren gestundet 42 000 RM. Aus Billigkeitsgründen wurden erlassen 1 192 000 RM., niedergeschlagen 16 000 RM.

Jüdischer Warenschwindel. Die Bremische Filiale der Bottina Schuh A.-G. Berlin, ein rein jüdisches Unternehmen, wagte es heute vormittag, Kundschaft dadurch anzulocken, daß im Schaufenster Schuhe zu phantastisch niedrigen Preisen ausgestellt wurden. Bei der großen Geldnot ist es verständlich, wenn auch bedauerlich, daß Käufer in größerer Zahl sich einfanden, die aber zu ihrer Entrüstung feststellen mußten, daß diese Schuhe nicht verkäuflich waren, sondern für andere die üblichen Preise gezahlt werden sollten. Es kam zu einem großen Menschenauflauf und die Polizei mußte einschreiten. Diese jüdische Schuhfirma ist seit langem damit beschäftigt, durch ihre Verkaufsmethoden dem bremischen Einzelhandel zu schaden und wir bedauern, daß ein durch Schuld der Volkspartei nicht zustandegekommener Rechtssenat hier nicht mit allen Mitteln rücksichtslos eingreifen kann, um Parasiten des bremischen Wirtschaftslebens auszumerzen.

Oeffentlicher Sprechabend in Achim

Achim, 18. Juli. Am letzten Mittwoch fand hier unter großer Beteiligung ein öffentlicher Sprechabend der hiesigen Ortsgrupp estatt, auf dem Pg. Güldner (Bremen) über das Thema „Am Vorabend des Zusammenbruchs" sprach. Er erläuterte in leicht verständlicher Art die Ereignisse der letzten Tage, ausgehend von der Rede Moldenhauers im Reichstag am 7. März 1930, in dieser u. a. sagte: **Es ist uns (Regierung) bitterernst mit dieser Steuersenkung . . . wir beschwindeln nicht das Volk — wir sehen eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur auf dem Wege, daß wir die Lasten senken, die auf der Wirtschaft ruhen . . .** Der Redner streifte dann alle die Notverordnungen seit dieser Zeit und kam dann auf den Zusammenbruch der Danatbank und der Nordwolle. Er forderte die zahlreich erschienenen Volksgenossen auf, am 9. August beim Volksentscheid alles daran zu setzen, daß auch der letzte Einwohner seine Zustimmung zur Auflösung des Preußen-Landtages gibt.

Aus dem Tageskampf

Ernstes und Heiteres aus der Tätigkeit eines Zellenobmanns

Stil' und unerkannt verrichtet der Funktionär der Bewegung seinen Dienst. Meist trägt er nicht das Braunhemd, das ihn schon äußerlich als einen Mitkämpfer der Bewegung Hitlers kennzeichnet. Unbekannt und oft nicht anerkannt leistet er eine Arbeit, die oft dem Dienst der SA. mindestens gleicht.

Abend für Abend fast, nach der Arbeit des Tages im Berufe erwartet ihn der Dienst für die Bewegung. Beim Flugblattverteilen oft vom Gegner verfolgt verrichtet er unermüdlich seinen Dienst — nicht für sich — nein — für die Bewegung und damit für das deutsche Vaterland.

Diesen unbekannten Mitkämpfern seien als Anerkennung und Lob jene Abschnitte gewidmet, die nachfolgend wahre Erlebnisse aus ihrem stillen aber aufopfernden Dienst berichten.

Zugleich aber mögen diese ernsten und heiteren Erlebnisse allen Parteigenossen einen Einblick in die oft schwere und oft freudvolle Arbeit geben. Und möge jeder Parteigenosse in sich prüfen, ob er schon genug für die Idee wirkt oder ob er beschämt erkennen muß, daß sein bloßes Beitragsopfer viel zu gering ist gegenüber der Arbeit der Kameraden der SA. und der Funktionäre.

Der „jungdeutsche" Bruder.

Mit einem Packen Flugblätter bewaffnet bearbeite ich meine Straßenzelle. In jeden Hausbriefkasten wird ein Flugblatt geworfen. Als ich aus einem der ersten Häuser des Richtweges wieder herauskomme, erwartet mich ein Jüngling mit zornigem Gesicht. „Haben Sie das Nazi-Flugblatt bei mir ins Haus gebracht?" „Ja — warum?" „Solange Nazis harmlose Ordensbrüder überfallen, verbiete ich es mir, daß Nazi-Flugblätter in mein Haus gebracht werden!" „Nazis Ordensbrüder überfallen? Sie haben wohl schlecht geträumt? Uebrigens verteile ich Flugblätter wo ich es will." Zornesrot erwidert der „jungdeutsche" Bruder: „Das nächste Mal zeige ich Sie an!" — „Wenn du aber nicht sofort den Mund hältst, hau ich dir ein paar hinter die Ohren!" So trennten wir uns und ich verteilte weiter.

Lenin beim Nazi.

Ich komme zum ersten Mal zu einem neuen Mitglied meiner Zelle. Pg. M. ist ehemaliger Rotfrontkämpfer und wohnt in einer Kellerwohnung der . . .straße. Mit herzlichem Händedruck begrüßt mich Pg. M. und gibt mir ohne Zögern seinen Erwerbslosenbeitrag. Nach längerem Erzählen und Berichten seiner RFB.-Zeit zeigt er auf das Leninbild an der Wand. „Für den habe ich einst gekämpft, doch ich erkannte den Verrat und nun ist mein letzter Glaube und meine letzte Hoffnung, der ich gerne alles opfere, unser Adolf Hitler." Das Leninbild mußte er aber an der Wand hängen lassen, denn es gehörte seinem Bruder, der noch im RFB. ist.

Wenige Tage später mußte ich Pg. M. im Krankenhaus besuchen, seine ehemaligen Rotfrontkameraden hatten ihn niedergestochen. Nun ist auch sein Bruder in unserer SA.

Das Hakenkreuz auf dem Oberarm.

Als ich eines Abends zu Pg. R., einem jetzt 73jährigen ehemaligen Seemann komme, um ihm eine Mitteilung zu überbringen, läßt er nicht locker und ich muß mit ihm einen Seemannsschnaps trinken. Mit leuchtenden Augen erzählt er mir von Seefahrt und Schifferleben, von Früher und Jetzt und von seinem festen Glauben an Adolf Hitler. „Lange hat es ja gedauert", sagt er, „ehe ich mich zu Hitler und seiner Idee bekannte. Als ich es erfaßt hatte, wurde die Idee Hitlers mein heiliger Glaube." Bei diesen Worten streifte er seinen Hemdsärmel hoch und zeigte mir mit Stolz auf seinem Oberarm eine **tätowierte Hakenkreuzfahne.**

Solche Begeisterung und solcher Glaube eines 73jährigen stärkt einem selbst den Mut und hilft über auch manches trübe Erlebnis eines Zellenobmannes hinweg.

Die Veröffentlichung wahrer Begebnisse eines Zellenobmanns werden wir fortsetzen.

Martin Sachse.

Die Entscheidung kommt!

Die Kundgebung in den Zentralhallen — Disziplin in Stunden der Not gefordert

Massenversammlung in den Zentralhallen! Mitten im Juli! Mancher war ungläubig, aber da waren sie alle. Kein Stuhl blieb frei und Hunderte standen zusammen mit SA. und SA.-Reserve. Massenversammlung!

Pg. Lütt spricht in treffenden Sätzen und es gibt Hiebe, die sitzen, Worte, die Mut geben, Gedanken, die Vertrauen erwecken.

Worte über unseren Führer: Am Geburtshaus Adolf Hitlers, der im deutschen Braunau geboren, steht der Satz: Deutscher Knabe, denke immer daran, daß du ein deutscher Mann werden sollst; deutsches Mädchen, denke daran, daß du eine deutsche Mutter werden sollst! Und nun kommen die Verleumder in Deutschland, schreiben die wirklichen Ausländer mit schwarzgelocktem Haar: Hitler sei Ausländer, er müsse ausgewiesen werden. Könnt ihnen so passen, den Herren aus der Jerusalemerstraße in Berlin. —

Worte über unsere Bewegung: Vom Hakenkreuz gibt es keinen Weg zurück, mag er noch so schmal und dornenvoll sein. Unser Glaube und unser Verantwortungsgefühl zwingt uns dazu, ihn bis ans Ende, bis zum Siege zu gehen. Eine Bewegung ist soviel wert, als Menschen dafür bereit sind, ihr Leben dafür einzusetzen. Ueber 200 SA.-Kameraden deckt bereits der grüne Rasen. Aber die Toten sind unauslöschlich mit uns verbunden, marschieren in unseren Reihen weiter mit. Für unser zerschlagenes Vaterland sind zwei Millionen gefallen. Für unser heutiges System aber würden nicht 10 Mann sterben.

Wenn uns der Reichsbannergeneral Hörsing mit Vernichtung bis auf den letzten Mann droht, so sagen wir ihm, wenn uns die Bananenarmee angreift, brauchen wir nicht die SA., sondern nur die Hitler-Jugend zur Abwehr. Da werden die Leutchen nicht stürmen, sondern türmen.

Worte über die anderen: Die Mittelparteien als Steigbügelhalter und Beschützer des Marxismus sind für jeden anständigen deutschen Volksgenossen erledigt. Sie werden in kommenden Wahlkämpfen in keinem Wahlbezirk ein Grundmandat erringen und so aus dem Parlament ganz verschwinden. Jetzt wollen sie uns nervös machen und reizen, damit wir losschlagen und dann verboten werden können. So hat man in Breslau vor einer Versammlung sogar durch den Rundfunk bekannt gegeben, Adolf Hitler sei ermordet worden. Wir aber wissen, Adolf Hitler stirbt nicht eher, als bis das dritte Reich da ist!

Worte zur Wirtschaftsnot: Wir haben die Grundlagen unserer Nationalwirtschaft zerstört und glauben allein vom Export leben zu können, und das in einer Zeit, in der alle übrigen Länder bemüht sind, sich vom Import frei zu machen und selbständige Industriestaaten zu werden. Dazu sollen neben den Tributzahlungen 12 Milliarden Mark Anleihen getilgt und verzinst werden. Allein die Zinsen belasten jeden Deutschen vom Säugling bis zum Großvater jährlich mit 45 Mark.

Wir brauchen wieder einen gesunden Bauernstand, der als Hauptkäufer auf dem Innenmarkt auftritt und die Ernährung des Volkes sicherstellt. Dazu muß aber verhindert werden, daß der Bauer für die gesamte Ernte nur 7½ Milliarden bekommt, während der Verbraucher 18 Milliarden dafür bezahlen muß. Neben dem gesunden und notwendigen Handel verdienen hier 100 Großhändler mehr als die ganze deutsche Landwirtschaft. Wir fordern, daß jeder schaffende Deutsche das erhält, worauf er Anspruch hat, daß das tägliche Brot für jeden sichergestellt ist. Wir wollen ein Deutschland, das national in seiner Politik und sozial in seiner Wirtschaft ist.

Pg. König (Berlin) spricht als zweiter Redner kurz über die Wirtschaftslage. Er verliest zunächst die Erklärung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die bei Annahme des Youngplanes abgegeben wurde. Mit erschütternder Deutlichkeit sind damals alle die Folgen vorausgesagt worden, die heute grausame Wirklichkeit geworden sind. Hinzu kommt die Zerstörung der Wirtschaftsmoral in Deutschland. Die Nordwolle in Bremen ist zusammengebrochen, weil in unverantwortlicher Weise ein Riesenvermögen verschleudert wurde. Ein Palast wurde als Bürohaus errichtet, ein Schloß mit 105 Zimmern für den Besitzer Lahusen. Die Danatbank hat viele Millionen in das schon kranke Unternehmen hineingesteckt. Jetzt zahlen die Banken keine Gelder mehr aus, und der Gewerbetreibende, der keinen Lohn bekommt, kann buchstäblich verhungern. Allgemeine Erregung breitet sich im Volke aus, aber wir fordern gerade **in diesen Stunden der Not Disziplin von unserer gesamten Anhängerschaft** und warnen vor Provokateuren, die uns aufhetzen wollen.

Die Entscheidung kommt in allernächster Zeit. Wir sind gerüstet und werden sie erfolgreich durchführen.

Langanhaltender Beifall dankte beiden Rednern für ihre treffenden Ausführungen.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reizmildernde und kühlende Leodor-Fett-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife Stück 50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Bremer Sportnachrichten

Nationale Schwimm-Meisterschaften der alten Herren in Bremen

Ein Begrüßungsabend im Ratskeller leitete das Fest der 6. deutschen Meisterschaften der Alten Herren des DSV. ein, der sich durch übermäßig zahlreichen Besuch und eine ausgesprochene Harmonie auszeichnete. Bemerkenswert war eine Rede, die der Pressewart der 85er, Herr W. H. Senske, hielt. Hier sprach die **Generation unserer Frontkämpfer**, die der Sport als „Alte Herren" bezeichnet ihren Jahren nach und die doch eigentlich unser Bestes sind, die man all die letzten Jahre hindurch im wirtschaftlichen und politischen Leben an die Wand gedrückt hat. Männer, die sich jetzt Gottseidank ihre **Rechte** nehmen, nachdem sie solange nur steuerzahlende Pflichten erfüllen durften; aus deren Reihen hoffentlich bald diejenigen hervorgehen werden, die in Untadelhaftigkeit und erprobter Pflichterfüllung für uns und unsere Jugend die Karre aus dem Dreck ziehen, die die anderen hineinschieben ließen. Und da die Worte voll verhaltenen Zornes und stillen Versprechens aus einem ehrlichen Herzen kamen, war es selbstverständlich, daß der gleiche Gedanke alle Herzen mitriß und das spontan angestimmte Deutschlandlied einen besonderen Klang bekam.

Ein Teil des Sonntagvormittags gehörte der Besichtigung des sportlichen Instituts in der Böttcherstraße. Der Nachmittag brachte überraschenderweise das Ende des Dauerregens, so daß die mit beispielloser Fixigkeit abgewickelten Meisterschaftskämpfe bei Sonnenschein beendet werden konnten.

Dabei ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß die höheren Altersklassen verschiedentlich bessere Zeiten herausholten, als die „jüngeren" Jahrgänge, die 32- bezw. 35jährigen.

Diese „Alten Herren" aus den verschiedensten deutschen Gauen (es waren ca. 194 Einzelmeldungen bis nach Leipzig und München) haben mit ihren Leistungen bewiesen, daß die Widerstandsfähigkeit des lebenserfahrenen Mannes immer noch das beste, das Mark eines gesunden, lebensfähigen Volkes ist. Der über 60 Jahre alte Philipp Heineken holte sich mehr als einen verdienten Soonderbeifall der Zuschauer. Das „große" Publikum dagegen bewies wieder einmal durch sein Nichterscheinen, daß es immer noch kein Verständnis für solch bitter notwendige Körperschulung und gesund aufbauende Breitenarbeit hat, sondern das sensationelle Kanonentum vorzieht.

Der Montag eint die Teilnehmer, die fast alle mit ihrer Familie in diesen drei Feiertagen den Ersatz für die ausgefallene Ferienreise gesucht haben, zu einer Fahrt nach Helgoland.

—dt.

Aschenbahnrennen im Weserstadion

Die Deutsche Radfahrer-Union Bremen veranstaltete am Sonntag auf der Aschenbahn im Weserstadion ein Radrennen, bei dem u. a. der Goldpokal von Bremen ausgefahren wurde. Das Rennen wurde in zwei Läufen von 10 und 20 Klm. ausgefahren. Den ersten Lauf gewann Michaelis ganz knapp mit 14 Punkten vor Cronjäger, der nur auf 13 kam. Der zweite Lauf (20 Klm.) wurde dann ebenfalls eine Beute des Magdeburgers der die beiden ersten Spurts vor Cronjäger für sich entscheiden konnte. Er vermochte seinen Vorsprung bis zum Ziel zu halten und das Rennen als Sieger mit 42 Punkten vor Cronjäger 37 und Warnecke 18 Punkte zu beenden.

Die tödliche Wette

Ein Ehepaar beim Paddeln ertrunken.

Nordseebad St. Peter, 19. Juli. Ein jungverheiratetes Ehepaar aus Dresden hatte mit einem Paddelboot seine Hochzeitsreise nach Westerland unternommen und die Fahrt wegen Unwetters in St. Peter unterbrochen. Da das Paar nach einer eingegangenen Wette am 15. Juli in Westerland eintreffen wollte, entschloß es sich, mit dem Boot nicht längs der Küste zu fahren, sondern den direkten Weg durch die Heverströmung zu nehmen. Obwohl man die Eheleute wiederholt auf die Gefährlichkeit des Unternehmens aufmerksam machte, ließen sie sich von ihrem Vorhaben nicht abbringen und traten die Fahrt mit dem kleinen Boot an. Hiesige Fischer fanden nun das Boot kieloben treibend, in der Nordsee auf. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Insassen ihren Leichtsinn mit dem Tode bezahlt haben, da bisher nichts von den beiden bemerkt wurde.

Der Maler Hermann Hendrich tödlich verunglückt

Der Malerdichter der deutschen Sage

Schreiberhau, 19. Juli. Der Ehrenbürger der Gemeinde Schreiberhau, der bekannte Maler und Gründer der Sagenhalle, Proeffsor Hermann Hendrich, wurde am Sonnabend nachmittag beim Ueberschreiten eines Bahnübergangs vom Zuge erfaßt und dabei so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Hermann Hendrich, der Malerdichter der deutschen Sage, ist 77 Jahre alt geworden. Ein tragisches Geschick hat den ewig rüstigen, ewig fröhlichen Greis aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen. Hendrich liebte das große Kunstwerk Richard Wagners, dessen Musikdramen er die Themen seiner wesentlichsten Bilder entnahm. Seine Hauptgemälde umfassen die Walpurgishalle im Harz, die Nibelungenhalle auf dem Drachenfels und die Sagenhalle in Schreiberhau. Ein edler deutscher Romantiker, ebenso stark in der Farbigkeit seiner Riesengebirgslandschaften, wie in der Interpellation Goethescher Märchen, ist dahingegangen, gerade in den Tagen, da man in Bayreuth wieder den Meister ehrte, dem Hendrichs ganze Hingabe gehörte.

Einbrecher nach Kampf erschossen. In Breslau wurde ein Einbrecher bei dem Versuch, in eine Gastwirtschaft einzudringen, von einem Polizeibeamten gestellt. Der Verbrecher griff zum Revolver und auch der Beamte zog seine Schußwaffe. Es entstand ein Feuergefecht, bei dem der Einbrecher getötet wurde und der Polizist einen schweren Lungenschuß erlitt.

Bekanntmachungen der Reichsleitung

Nachdem mehrfach Unstimmigkeiten aufgetaucht sind, wer zum Tragen des Hoheitsabzeichens berechtigt ist, erfolgt nochmals folgende Bekanntmachung:

Außer den Mitgliedern der SA. und SS. sind zum Tragen des Hoheitsabzeichens alle jene Parteigenossen berechtigt, die in irgend einer Form in dem aktiven Kampf der politischen Leitung durch Beauftragung mit einer bestimmten, wenn auch der kleinsten Funktion betraut sind, also vom Gauleiter über seine Mitarbeiter bis zu dem mit der Verarbeitung einer Straßenzelle oder dem Einkassieren in einer Sektion der Parteizelle beauftragten und beschäftigten Parteigenossen.

Dabei wird erwartet, daß dieses Zeichen sinngemäß am Aufschlag des Rockes oder auf der schwarzen Krawatte getragen wird.

Mit dieser klaren Feststellung wer zum Tragen des Hohheitsabzeichens berechtigt ist, erfolgt hiermit sinngemäß ein Verbot des Tragens für alle in diesem Rahmen nicht fallenden Parteigenossen.

München, den 1. Juni 1931. Straßer.

Den Organisationsmitgliedern der Partei wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß mit Wirkung ab 1. Maï 1931 im Rahmen der Organisationsabteilung 1 eine Auslandsabteilung mit dem Sitz in Hamburg eingerichtet worden ist.

Dieser Auslandsabteilung unterstehen sämtliche Ortsgruppen und Einzelmitglieder im Auslande, ausgenommen Deutsch-Oesterreich, Danzig und das Saargebiet.

Der gesamte Postverkehr mit der Auslandsabteilung ist an den Leiter der Abteilung, Pg. Dr. Hans Nieland, M. d. R., Hamburg 24, Lessingstr. 6, zu richten. Ich ersuche auf diesem Wege alle Parteigenossen, vor allem aber die Ortsgruppenführer der Auslandsabteilung alle ihnen bekannten Adressen von Deutschen im Auslande mitzuteilen. Ich bitte im Interesse der Auslandsarbeit die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen. Adressen von Parteigenossen, die ins Ausland gehen, bitte ich, der Auslandsabteilung nach Möglichkeit so rechtzeitig bekannt zu geben, daß diese sich vor der Abreise noch mit dem betreffenden Parteigenossen in Verbindung setzen kann. Außerdem sind diese Parteigenossen aufzufordern, falls sie auf ihrer Reise durch Hamburg kommen, sich bei der Auslandsabteilung persönlich zu melden.

München, 1. Juni 1931. Straßer.

Die Ortsgruppen- und Stützpunktleiter sind verpflichtet, auf Antrag der Standartenärzte in den Mitgliederbüchern derjenigen Parteigenossen, welche im Sanitätswesen ausgebildet sind, einen entsprechenden Vermerk über diese Ausbildung einzutragen.

München, den 17. Juni 1931. Schwarz.

Tag für Tag müssen unsere Parteiblätter von neuen Blutopfern berichten; kein Tag vergeht, an nem der Hilfskasse der Partei nicht mindestens 20 Schadenfälle gemeldet werden! Ihrer selbstverständlichen Ehrenpflicht, den im Parteidienst Verletzten zu helfen; kann die Partei angesichts dieses unerhörten Terrors nur dann mehr nachkommen, wenn jedes Parteimitglied eingedenk der Bluttaten seiner Kameraden monatlich den von Adolf Hitler angeordneten Beitrag zur Hilfskasse mit 30 Pfg. bezahlt. Nachdrücklichst ergeht an alle Parteimitglieder der Aufruf: Erfüllt Eure Beitragspflicht, denn ihr unterstützt damit die Verwundeten, die zu Krüppeln Geschagenen, die Hinterbliebenen unserer ermordeten Mitglieder!

München, den 17. Juli 1931. Schwarz.

Bei Durchsicht der Unfallakten wurde erneut festgestellt, daß zahlreiche Schadenfälle nicht erledigt, d. h. Atteste nicht angefordert und Unterstützungen nicht ausgezahlt werden können, weil von den Verletzten die in Ziffer 16 der Richtlinien vorgeschriebenen Meldung vom Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht erstattet wurde. Alle Verletzten zur Einhaltung der Richtlinien (Absatz: „Unfallanmeldung") anzuhalten, ist daher dringend notwendig.

München, den 20. Juni 1931. Bormann

RUNDFUNK-PROGRAMM

Montag, 20. Juli: 19.30 Die Betriebsstillegung vor dem Arbeitsgericht. — 20.00 Kurzoperette „Die Wiener Nähterin". — 21.15 Blasmusik. — 22.20 Aktueller Dienst. — 23.00 Konzert im Cafe Wallhof.

Dienstag, 21. Juli: 7.10 Brunnenkonzert aus Bad Nenndorf. — 8.00 Dies und das vom Zahnersatz. — Petersilienrichte — Haarpflege im Sommer. — 11.00 Musik für Blasinstrumente. — 12.30 Mittagskonzert des hannoverschen Norag-Orchesters. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Ernst Glaeser liest seine Novelle „Der Pächter". — 16.45 Es lebe der Reservemann. — 17.35 Wechselbeziehungen zwischen deutscher und schwedischer Geschichte. — 18.00 Die Bunte Stunde. — 19.00 Mit Kurbel und Bremse durch die Großstadt. — 19.25 Was braucht Afrika an Waren? — 20.00 Abendmusik. — 21.15 Dreitausend Jahre Parlamente und Prozesse: Paulskirche Frankfurt a. M., historisches Hörspiel aus dem Jahre 1848. 22.20 Aktueller Dienst. — 22.30 Instrumental-Kabarett. —

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Scharf; für den Anzeigenteil C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

STADTTHEATER

Heute
Montag, 20 Uhr: geschl. Vorstellung
Dienstag 20 Uhr:
Das Land des Lächelns
Mittwoch 20 Uhr:
Viktoria und ihr Husar
Donnerstag 20 Uhr:
Abschiedsvorstellung
für Tilly Lüssen
Das Veilchen v. Montmartre
Operette von Emmerich Kalman

Kleine Preise: 50 Pf. — 4.-Mk.

Vorverkauf täglich
in den üblichen Kassenstunden

Hab Sonne im Herzen und Blumen im Haus. Das treibt allen Kummer und Trübsal hinaus.
Blumen Görres
Landwehrstr. 141 Roland 1963
Jede Bestellung wird sofort ausgeführt

Lest die B. N. Z.

3-4 Z.-Wohng. z. 1. 10. bis 100 M.
Eilang. u. A 134 an d. Exp. d. Blattes

Frdl. möbl. Zimmer Mendestr. 18

Auto, tadell. erh. keine alten Mod. eventl. gegen Kasse Ang. u. B 135 an d. Exp. des Blattes

Vertreter
gegen hohe Provision
Kaffee Tee etc
Großhandel und Versand
van Scharrel & Co. Bremen
Kleinverk. Gerhardtstr. 1

Wer besorgt SA-Mann aus St. 25/26 Arbeit als Bauarbeiter oder sonstiges. Nachzutr. b. d. Anzeigen-Abtg. der B. N. Z. Bahnhofstraße 25

Wer leiht SA-Mann aus St. 25/26 150 Mk. b. wöchl Abzahlung von 5 Mk. Nachzufr. b. d. Anzeigen-Abtg. der B. N. Z. Bahnhofstraße 26

Damen-Hüte
besonders preiswert im
Saison-Ausverkauf
bei
BEWIE Pelzerstr. 4

Bis 9 Uhr morgens
Anzeigen-Annahme
für die B. N. Z.

Dienstag 20.30 Uhr
Große Massen-Versammlung
des Stahlhelm im Casino
Eintritt 30 Pfg. - - Erwerbslose 10 Pfg.